

F.D.P.

im Gemeinderat
der Stadt Sindelfingen

Rathaus
71063 Sindelfingen

Sindelfingen, den 07.07.2009

2. Haushaltsrede 2009

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
meine Damen und Herren,

als mein Kollege Dr. Höhn die erste Haushaltsrede 2009 gehalten hat, war die Lage bedrückend, heute, drei Monate später, ist sie katastrophal.

Alle Zitate unserer Klassiker, alle Beschwörungen der Lichter im Tunnel bringen uns nicht mehr weiter. Eine Stadt unserer Grösse hat zur Erfüllung ihrer Aufgaben einen Mindestbedarf von 78 Mio € (so das Finanzausgleichsgesetz), vorhanden sind jedoch nur 33 Mio.

Auch der FDP fällt es bei einem solchen Missverhältnis schwer, Patentlösungen anzubieten.

Die Einsparungen, wie sie von der Verwaltung vorgeschlagen werden, sind sinnvoll. Auffallend ist allerdings die teilweise wundersame Vermehrungen der Einnahmen bei gleichzeitiger Kürzung der Ausgaben innerhalb von nur drei Monaten. Auf S.188 des alten Haushaltes werden für Geschwindigkeitsmessungen z.B. 90 000€ Ausgaben veranschlagt, während bei den Einnahmen 900 000€ Bussgelder erwartet werden. Auf S.256 des neuen Haushaltes werden nur noch 80 000€ Ausgaben vermerkt, dafür aber 1050 000€ Einnahmen, ein Unterschied von 160 000 €.

Uns erscheint es richtig, den Ausbau der Schulen und Krippenplätze weiter zu betreiben, sowie die Entwicklung des Baugebietes Allmendäcker und die angefangenen Umbaumaassnahmen am Calwer Bogen fortzuführen.

Die Vereinzuschüsse nicht anzutasten, erscheint zumindest bei den Vereinen, die Jugendarbeit betreiben oder aber mit bürgerschaftlicher Mithilfe Einrichtungen betreiben, vertretbar. In diesem Zusammenhang weisen wir darauf hin, dass uns auch die Erhaltung unseres Freibades am Herzen liegen wird.

Wenn die Verwaltung dann allerdings einen Haushalt ohne bittere Einschnitte vorlegt, so ist dies natürlich nur dann möglich, wenn man– so wie es die Bundesregierung derzeit auch

vorlebt – auf Pump lebt, indem Kredite aufgenommen werden, immerhin 60 Mio € bis Ende 2010.

Offen bleiben dabei aber einige Fragen:

Wie soll die Beteiligung an einem Deckel über der A 81 bezahlt werden, woher kommt das Geld, das zur Aufstockung der Stadtwerkebeteiligung erforderlich ist, woher kommen die Millionen, die zur Reparatur von Gebäuden, die nicht instandgesetzt werden können, erforderlich werden, wann und wie werden die Kredite abgebaut und die Zinsen bezahlt, wenn, wie zu befürchten, die Gewerbesteuereinnahmen nach wie vor ausbleiben ?

Für die Lösung dieser Fragen erwarten wir von der Verwaltung konkrete Vorschläge, über die dann abgestimmt wird. Auch wenn wir im Herbst eine Strukturdebatte führen wollen, ist es die Verwaltung, die Farbe bekennen muß und uns Hinweise geben muß, wo weitere Einsparpotenziale vorhanden sind.

Davon abgesehen sollte der Gemeinderat bei unseren Krisendebatten bedenken,

- a. dass man Geld, das man als Gewerbesteuervorauszahlung erhalten hat, nur ausgeben sollte, wenn man sich sicher sein kann, dass keine wesentlichen Rückforderungen zu erwarten sind. Die laufenden Ausgaben der Verwaltung sollten ohne Gewerbesteuer beglichen werden können, das sollte Ziel künftiger Haushaltsentwürfe sein,
- b. dass Freiwilligkeitsleistungen einer Stadt schön und für die Bürger auch attraktiv sind, jedoch in finanziell mageren Jahren nicht mehr finanzierbar sind – jeder Besuch in der Galerie kostet die Stadt z.B. 45 € - weitere Beispiele gibt es zuhauf,
- c. dass wir alles tun sollten, unsere Abhängigkeit von einem Grossunternehmen durch Ansiedlung weiteren autounabhängigen Gewerbes aufzuweichen – in diesem Zusammenhang wird allerdings auch geprüft werden müssen, ob die personell opulent ausgestattete Wirtschaftsförderung Erfolge zu verzeichnen hat und in diesem Umfang aufrechterhalten werden kann,
- d. dass bei Bürgschaften die Gefahr einer Inanspruchnahme besteht - wobei nebenbei zu bemerken ist, dass beim Klinikum einiges im Argen zu liegen scheint, wenn, wie bei mir vor 14 Tagen geschehen, Rechnungen in erklecklicher Höhe zwei Jahre nach der Behandlung gestellt werden,
- e. dass Energiesparmassnahmen nach wie vor nicht ausgeschöpft werden – nachgerade peinlich finde ich, dass erst die EU die Energiesparbirne vorschreiben musste, bevor dieses Potenzial von öffentlichen Verwaltungen entdeckt wurde,
- f. dass wir uns nach wie vor ernsthaft bemühen sollten, mit anderen Kommunen, insbesondere Böblingen, enger zusammen zu arbeiten und mögliche Synergieeffekte nutzen sollten, wie es der Städtetag ebenfalls dringend empfiehlt.

Bezüglich der Deckelfinanzierung hoffen wir darauf, dass endlich bei Bund und Land, ja auch im Kreis die Einsicht durchschlägt, dass dort, wo am meisten produziert wird und die grösste Umweltverschmutzung und der dichteste Verkehr stattfinden, ein Anspruch

Seite 3

besteht, eine Überdeckung zum Schutz der betroffenen Bürger zu erhalten, wenn zwei Städte von einer der meistbefahrenen Autobahnen Deutschlands durchschnitten werden. Es macht wenig Sinn, das Geld in Autobahnen zu investieren, die kaum befahren werden (vgl. Bayern-Altötting oder BAB in den neuen Bundesländern), anstatt die Autobahnmaut in dringend notwendige Schutzmaßnahmen zu investieren.

Im übrigen beziehe ich mich auf die Haushaltsrede von meinem Kollegen Dr. Höhn, die auch jetzt noch Gültigkeit besitzt.

Hoffen wir gemeinsam auf bessere Zeiten, in denen wir wieder über das Ausgeben von üppigen Einnahmen streiten können und nicht nur über das Nichtausgeben nicht vorhandener Einnahmen.

Dr. Werner Payer